Elektronisches amtliches Verkündungsblatt

Amtsblatt für die Samtgemeinde Schwarmstedt

sowie deren Mitgliedsgemeinden

Buchholz (Aller) Essel Gilten Lindwedel Schwarmstedt

Inhaltsverzeichnis

Amtliche Bekanntmachung Seite 3

Ehe- und Altersjubiläen im Kalenderjahr 2026

Verkündung der Änderung einer Satzung Seite 5

1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer vom 12.10.2020

Verkündung der Änderung einer Satzung Seite 6

Impressum
Herausgeber Samtgemeinde Schwarmstedt, Am Markt 1, 29690 Schwarmstedt
Verantwortlichkeit Samtgemeindebürgermeister Björn Gehrs
Erscheinungsweise Nach Erfordernis

1. Änderung der Hundesteuersatzung vom 02.12.2019

Verkündung der Änderung einer Satzung Seite 7

1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 26.02.2019

Verkündung der Änderung einer Satzung Seite 9

1. Änderung der Hundesteuersatzung vom 28.11.2019

Verkündung der Änderung einer Satzung Seite 10

1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 07.03.2019

Verkündung einer Satzung Seite 11

Satzung der Gemeinde Schwarmstedt über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer

Impressum
Herausgeber Samtgemeinde Schwarmstedt, Am Markt 1, 29690 Schwarmstedt
Verantwortlichkeit Samtgemeindebürgermeister Björn Gehrs
Erscheinungsweise Nach Erfordernis

Ehe- und Altersjubiläen im Kalenderjahr 2026

Ehepaare, die im Jahre 2026 ihr 50-, 60-, 65-, 70 oder 75 -jähriges Ehejubiläum begehen sowie Altersjubilare, die das 100. oder jedes weitere Lebensjahr vollenden, werden auch im Jahre 2026 geehrt. Dabei werden Glückwunschurkunden des Landkreises und der jeweiligen Gemeinde überreicht.
Bitte melden Sie sich, wenn eine Ehrung gewünscht wird, bis zum 19.12.2025 unter den folgenden Telefonnummern: 05071 809 32 oder 05071 809 37.
Die Anmeldung kann auch durch Familienangehörige erfolgen.
Schwarmstedt, den 14.11.2025

Samtgemeinde Schwarmstedt
Der Samtgemeindebürgermeister

gez.
Gehrs

Amtliche Bekanntmachungen

der Gemeinde Essel
im Amtsblatt der Samtgemeinde Schwarmstedt

Im Amtsblatt werden die amtlichen Verkündigungen, Bekanntmachungen und Ausschreibungen veröffentlicht.

Darunter fallen beispielsweise Satzungen, Bauleitpläne, Ausschreibungen, Ausschusssitzungen und Tagesordnungen.

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf.

1. Änderung der Satzung der Gemeinde Essel über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer vom 12.10.2020

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Essel in seiner Sitzung vom 30.06.2025 folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

§ 6 Steuersatz

§ 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer beträgt 20,0 % der Bemessungsgrundlage nach § 5.

Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 01.09.2025 in Kraft.

Essel, den 19.11.2025

Gemeinde Essel

gez. Block Bürgermeister	(L. S.)	gez. Gehrs Gemeindedirektor

1. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Essel vom 02.12.2019

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Essel in seiner Sitzung vom 30.06.2025 folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

§ 3 Steuermaßstab und Steuersätze

§ 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer wird nach Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

a)	für den ersten Hund	60,00 Euro,
b)	für den zweiten Hund	120,00 Euro,
c)	für den dritten Hund	240,00 Euro,
d)	für jeden weiteren Hund	360,00 Euro,
e)	für gefährliche Hunde jeweils	720,00 Euro.

Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 01.09.2025 in Kraft.

Essel, den 19.11.2025

Gemeinde Essel

gez. Block	(L. S.)	gez. Gehrs
Bürgermeister		Gemeindedirektor

1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Essel vom 26.02.2019

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Essel in seiner Sitzung vom 30.06.2025 folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

§ 6 Kartensteuersätze

§ 6 erhält folgende Fassung:

Die Steuer beträgt 40 vom Hundert des Preises oder Entgeltes.

§ 8 Pauschalsteuersätze

§ 8 erhält folgende Fassung:

(1) Bemessungsgrundlage für die Steuer bei Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit nach § 1 Nr. 2 und Nr. 3 ist die Zahl der Geräte/Apparate/Automaten. Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Kalendermonat:

1.	Gerät ohne Gewinnmöglichkeit	
a)	Bei Aufstellung in Gaststätten, Kantinen oder ähnlichen Räumen	40,00 €
b)	Bei Aufstellung in Spielhallen	80,00 €
2.	Gerät ohne Gewinnmöglichkeit, mit dem von Menschen oder übernatürlichen Wesen ausgehende Gewalttätigkeiten dargestellt oder/und gesteuert werden	500,00 €
3.	Musikautomaten	20,00 €

(2) In den Fällen des § 1 Nr. 4 beträgt die Pauschalsteuer unabhängig von der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme und der Anzahl der sexuellen Handlungen für jedes Bett, Wohnwagen oder Kraftfahrzeug 10,00 € pro Kalendertag.

§ 10 Spielgerätesteuer

§ 10 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

(3) Der Steuersatz bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit beträgt 30 von Hundert.

Artikel 2

Essel, den 19.11.2025

Gemeinde Essel

gez. Block Bürgermeister	(L. S.)	gez. Gehrs Gemeindedirektor

Amtliche Bekanntmachungen

der Gemeinde Schwarmstedt
im Amtsblatt der Samtgemeinde Schwarmstedt

Im Amtsblatt werden die amtlichen Verkündigungen, Bekanntmachungen und Ausschreibungen veröffentlicht.

Darunter fallen beispielsweise Satzungen, Bauleitpläne, Ausschreibungen, Ausschusssitzungen und Tagesordnungen.

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf.

1. Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Schwarmstedt vom 28.11.2019

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Schwarmstedt in seiner Sitzung vom 08.10.2025 folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

§ 3 Steuermaßstab und Steuersätze

§ 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Steuer wird nach Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:

a)	für den ersten Hund	60,00 Euro,
b)	für den zweiten Hund	120,00 Euro,
c)	für den dritten Hund	240,00 Euro,
d)	für jeden weiteren Hund	360,00 Euro,
e)	für gefährliche Hunde jeweils	1000,00 Euro.

Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 01.01.2026 in Kraft.

Schwarmstedt, den 17.11.2025

Gemeinde Schwarmstedt

gez. Schiesgeries	(L. S.)	gez. Gehrs
Bürgermeisterin		Gemeindedirektor

1. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Schwarmstedt vom 07.03.2019

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Schwarmstedt in seiner Sitzung vom 08.10.2025 folgende Satzungsänderung beschlossen:

Artikel 1

§ 8 Pauschalsteuersätze

§ 8 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(2) In den Fällen des § 1 Nr. 4 beträgt die Pauschalsteuer unabhängig von der tatsächlichen zeitlichen Inanspruchnahme und der Anzahl der sexuellen Handlungen für jedes Bett, Wohnwagen oder Kraftfahrzeug 10,00 € pro Kalendertag.

§ 10 Spielgerätesteuer

§ 10 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

(3) Der Steuersatz bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit beträgt 30 von Hundert.

Artikel 2

Die Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 01.01.2026 in Kraft.

Schwarmstedt, den 17.11.2025

Gemeinde Schwarmstedt

gez. Schiesgeries Bürgermeisterin	(L. S.)	gez. Gehrs Gemeindedirektor

Satzung

der Gemeinde Schwarmstedt

über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersteuersatzung)

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010, S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29.01.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 3) und der §§ 1,2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. 2017, S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.09. 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Schwarmstedt in seiner Sitzung vom 08.10.2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Steuererhebung, Steuergegenstand

(1) Gegenstand der Steuer ist das Innehaben einer Zweitwohnung im Gemeindegebiet.

(2) Eine Zweitwohnung im Sinne dieser Satzung ist jede Wohnung in der Gemeinde, über die eine Person neben ihrer Hauptwohnung zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfs oder den ihrer Familienangehörigen verfügen kann. Eine Wohnung verliert die Eigenschaft einer Zweitwohnung nicht dadurch, dass sie vorübergehend anders oder nicht genutzt wird.

(3) Eine Zweitwohnung im Sinne des Abs. 2 liegt auch dann vor, wenn der Raum oder die Räume von ihrer Ausstattung her zumindest zum zeitweisen oder zu bestimmten Jahreszeiten vorgesehenen Wohnen geeignet sind. Eine konkrete Mindestausstattung der Räume (z. B. Kochgelegenheit, Frischwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Stromversorgung, Heizung) oder baurechtliche Zulässigkeit ist nicht erforderlich.

§ 2
Steuerschuldner/in

(1) Steuerschuldner ist, wer im Gemeindegebiet eine Zweitwohnung innehat.

(2) Sind mehrere Personen gemeinschaftlich Inhaberinnen oder Inhaber einer Zweitwohnung, so sind sie Gesamtschuldnerinnen oder Gesamtschuldner der Zweitwohnungsteuer.

§ 3
Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem Innehaben einer Zweitwohnung im Gemeindegebiet. Wird eine Zweitwohnung erst nach dem 01. Januar in Besitz genommen, so beginnt die Steuerpflicht am ersten Tag des folgenden Kalendermonats. Dies gilt auch, wenn die Hauptwohnung zur Nebenwohnung wird.

(2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem das Innehaben der Wohnung aufgegeben wird oder deren Eigenschaft als Zweitwohnung entfällt. Die Aufgabe einer steuerpflichtigen Zweitwohnung oder deren dauerhafte Nutzungsänderung ist innerhalb eines Monats nach diesem

Zeitpunkt der Gemeinde mitzuteilen; andernfalls gilt als Tag der Wohnungsaufgabe oder Nutzungsänderung frühestens der Tag der Mitteilung. Ein ergangener Jahressteuerbescheid ist entsprechend zu ändern.

§ 4
Steuermaßstab

(1) Die Steuer bemisst sich nach dem Lagewert der Zweitwohnung i.S.v. § 1 Abs. 2 multipliziert mit der Quadratmeterzahl der Wohnfläche multipliziert mit dem Baujahresfaktor der Zweitwohnung gem. § 1 Abs. 2 (Bemessungsgrundlage).

(2) Der Lagewert errechnet sich aus dem flächenabhängigen Bodenrichtwert. Für die Berechnung des Lagewertes maßgeblich ist der für das Grundstück der Zweitwohnung im Bodenrichtwertinformationssystem Niedersachsen (BORIS.NI) festgelegte Bodenrichtwert der jeweiligen Bodenrichtwertzone (BRZ) zum 31.12. des dem Erhebungszeitraum vorvergangenen Jahres. Weichen die Größen des Bodenrichtwertes und des „betrachteten Grundstücks“ voneinander ab, so ist das angemessene Bodenwertniveau über Umrechnungsfaktoren zu ermitteln. Hierbei ist die Größe des „betrachteten Grundstücks“ auf volle 100 qm zu runden. Der Umrechnungskoeffizient ist in Abhängigkeit von der Grundstücksgröße der Umrechnungstabelle zu entnehmen.

Der Bodenrichtwert sowie die Umrechnungstabelle werden vom zuständigen Gutachterausschuss für Grundstückswerte gem. § 193 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 21 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches (DVO-BauGB) bereitgestellt.

(3) Ist ein Bodenrichtwert für die konkrete Zweitwohnung nicht zu ermitteln, so ist anhand der betroffenen Bodenrichtwertzone oder der angrenzenden Bodenrichtwertzonen ein Bodenrichtwert zu schätzen.

(4) Sind für eine Bodenrichtwertzone mehrere Bodenrichtwerte vorhanden, wird vorrangig der Wohngebietswert, dann der Mischgebietswert und dann der für gewerbliche Bauflächen verwendet.

(5) Die bei der Berechnung anzusetzende Wohnfläche wird nach Maßgabe der Wohnflächenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346) in der jeweils geltenden Fassung ermittelt. Abweichend von § 2 Abs. 3 Nr. 1a der Wohnflächenverordnung werden Kellerräume, die zu Wohnzwecken genutzt werden, bei der Ermittlung der Wohnfläche berücksichtigt.

(6) Der Baujahresfaktor beträgt ein Tausendstel des Zahlenwerts des Baujahres. Das Baujahr ist das Jahr der Fertigstellung des Gebäudes. Im Falle einer grundlegenden Sanierung, die die Bausubstanz in einen nahezu neuwertigen Zustand versetzt, ist das Jahr des Abschlusses der Sanierungsmaßnahme maßgeblich.

§ 5
Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt 20,0 % der Bemessungsgrundlage nach § 4.

(2) Der Steuersatz ermäßigt sich für jeden vollen Kalendermonat einer von vornherein begrenzten Verfügbarkeit für die persönliche Lebensführung

a) bei Weitervermietung der Zweitwohnung durch eine Vermietungsagentur, einen Hotelbetrieb oder Vergleichbare oder

b) bei einer anderweitig rechtlich begrenzten Verfügbarkeit um 1/12 der Sätze nach Absatz 1.

(3) In den Fällen des § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 ermäßigt sich die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag.

§ 6
Erhebungszeitraum, Entstehung und Fälligkeit der Steuer

(1) Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt und erhoben; Erhebungszeitraum (Steuerjahr) ist das Kalenderjahr, an dessen Beginn die Steuerschuld entsteht.

(2) Beginnt die Steuerpflicht gemäß § 3 Absatz 1 im Laufe eines Kalenderjahres, so entsteht die Steuerschuld am ersten Tag des folgenden Kalendermonats.

(3) Endet die Steuerpflicht gemäß § 3 Absatz 2 im Laufe eines Kalenderjahres, so endet die Steuerschuld mit Ablauf des Monats, in den das Ereignis fällt. Eine darüber hinaus gezahlte Steuerschuld wird auf Antrag erstattet, soweit der Steuerpflichtige die Aufgabe der Zweitwohnung oder den Wegfall der Eigenschaft aktenkundig belegt.

(4) Die Steuer wird durch Bescheid festgesetzt. In dem Bescheid kann bestimmt werden, dass dieser auch für künftige Zeitabschnitte gilt, solange sich die Bemessungsgrundlagen und der Steuerbetrag nicht ändern. Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres fällig. Nachveranlagte Steuerbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

§ 7
Anzeigepflicht

Wer eine Zweitwohnung in Besitz nimmt, für den persönlichen Lebensbedarf vorhält oder aufgibt, hat das der Gemeinde innerhalb von 14 Tagen anzuzeigen.

§ 8
Mitteilungspflichten, Auskunftspflicht

(1) Die in § 2 genannten Personen sind verpflichtet, der Gemeinde bis zum 15. Januar eines jeden Jahres oder, wenn eine Wohnung erst nach dem 1. Januar in Besitz genommen wird, bis zum 15. Tage des darauf folgenden Monats schriftlich oder zur Niederschrift die für die Steuerfestsetzung zugrunde zu legenden Tatbestände mitzuteilen, insbesondere ist mitzuteilen, ob die der Zweitwohnungsteuer unterliegende Wohnung eigengenutzt, ungenutzt, zum vorübergehenden Gebrauch oder unentgeltlich Dritten überlassen wird.

(2) Die in § 2 genannten Personen sind verpflichtet, der Gemeinde stets jede Änderung der für die Steuerfestsetzung relevanten Tatbestände mitzuteilen.

(3) Zur Sachverhaltsaufklärung bzw. zur Feststellung der Besteuerungsgrundlagen hat die in § 2 genannte Person einen amtlich vorgeschriebenen Erklärungsbogen innerhalb eines Monats abzugeben, wenn sie hierzu von der Gemeinde aufgefordert wird. Die Aushändigung des Erklärungsbogens durch die Meldebehörde gilt auch als Aufforderung im Sinne des Satzes 1.

(4) Die Angaben der in § 2 genannten Personen sind durch geeignete Unterlagen detailliert nachzuweisen.

§ 9
Mitwirkungspflichten Dritter

Wenn die Sachverhaltsaufklärung durch den/die Beteiligten nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht, sind auch andere Personen und juristische Personen, insbesondere Vermieter/innen oder Verpächter/innen von Zweitwohnungen und Vermittlungsagenturen verpflichtet, der Gemeinde auf Nachfrage die für die Steuerfestsetzung relevanten Daten mitzuteilen (§ 11 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) i.V.m. § 93 Abgabenordnung (AO)).

§ 10
Datenverarbeitung

(1) Die zur Ermittlung der Steuerpflicht, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Zweitwohnungsteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 1 und § 10 Absatz 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) in Verbindung mit § 11 NKAG und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung erhoben und verarbeitet. Eine Datenerhebung beim Finanzamt, beim Amtsgericht (Grundbuchamt), beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (Katasteramt) und bei den für das Einwohnermeldewesen, Bauwesen, Ordnungsrecht sowie Finanzwesen zuständigen Dienststellen erfolgt, soweit die Sachverhaltsaufklärung durch die Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führt oder keinen Erfolg verspricht (§ 93 Absatz 1 Satz 3 AO).

(2) Erhobene Daten dürfen von der Daten verarbeitenden Stelle nur zum Zweck der Steuererhebung nach dieser Satzung oder zur Durchführung eines anderen Abgabenverfahrens, das denselben Abgabenpflichtigen betrifft, verarbeitet werden. Zur Kontrolle der Verarbeitung sind technische und organisatorische Maßnahmen des Datenschutzes und der Datensicherheit nach § 7 Absatz 2 NDSG getroffen worden.

§ 11
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 18 Abs. 2 Nr. 2 NKAG handelt, wer

- entgegen von § 7 nicht anzeigt, dass er eine Wohnung in Besitz genommen oder aufgegeben hat,
- entgegen § 8 Abs. 1 nicht mitteilt, ob die Wohnung eigengenutzt, ungenutzt, zum vorübergehenden Gebrauch oder unentgeltlich Dritten überlassen wird,
- entgegen § 8 Abs. 2 nicht stets jede Änderung von für die Steuerfestsetzung relevanten Tatbeständen mitteilt,
- entgegen § 8 Abs. 3 nicht den amtlich vorgeschriebenen Erklärungsbogen abgibt,
- entgegen § 8 Abs. 4 nicht auf Anforderung der Gemeinde durch geeignete Unterlagen die steuerrelevanten Angaben detailliert nachweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.

Schwarmstedt, den 17.11.2025

Gemeinde Schwarmstedt

gez. Schiesgeries	(L. S.)	gez. Gehrs
Bürgermeisterin		Gemeindedirektor